



Galina Ivanova, Stefan Plaggenborg

# ENTSTALINISIERUNG ALS WOHLFAHRT

*Sozialpolitik in der Sowjetunion 1953–1970*

campus



Entstalinisierung als Wohlfahrt

*Galina Ivanova* arbeitet am Institut für Russische Geschichte an der Akademie der Wissenschaften in Moskau. *Stefan Plaggenborg* ist Professor für Osteuropäische Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum.

Galina Ivanova, Stefan Plaggenborg

# Entstalinisierung als Wohlfahrt

Sozialpolitik in der Sowjetunion 1953–1970

Aus dem Russischen von Lukas Mücke und Shirin Schnier

Campus Verlag  
Frankfurt/New York

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-50284-7

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2015 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: Straße in der Hauptsiedlung der Sowchose »Lenin« in der Nähe von Moskau, 1967

© ullstein bild – Nowosti

Satz: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

Dieses Buch ist auch als E-Book erschienen.

[www.campus.de](http://www.campus.de)

# Inhalt

Entstalinisierung: Auf dem Weg zur Sozialen Planwirtschaft . . . . .	7
1. Einleitung . . . . .	20
1.1 Das Thema des Buchs . . . . .	20
1.2 Historiographie, Quellen und Forschungsmethoden . . . . .	31
2. Auf dem Weg zum sowjetischen Wohlfahrtsstaat . . . . .	46
2.1 Die sozialen Folgen des Krieges und der Stalinschen Modernisierung . . . . .	46
2.2 Die Auswahl der sozialen Strategie und die politischen Diskussionen . . . . .	59
2.3 Malenkows »sozialer Kurs« . . . . .	69
2.4 Die Entstalinisierung und das Sozialprogramm Chruščevs . . . . .	84
2.5 Die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen der Sozialpolitik . . . . .	94
3. Die Sozialpolitik im Kontext der ökonomischen Entwicklung der UdSSR. . . . .	113
3.1 Der Mechanismus der sozialistischen Wirtschaftstätigkeit . . . . .	113
3.2 Die finanziellen Aspekte der sozialen und ökonomischen Entwicklung der UdSSR . . . . .	127
3.3 Probleme der sowjetischen Modernisierung und soziale Risiken . . . . .	143
3.4 Die soziale Effektivität der gesellschaftlichen Produktion . .	163

4. Die gesellschaftlichen Verbrauchsfonds – der Kern des sowjetischen Wohlfahrtsstaates .....	179
4.1 Zweckbestimmung und ökonomischer Gehalt .....	179
4.2 Finanzierungsquellen und Ausgabenarten .....	190
4.3 Umfang, Struktur und Dynamik .....	214
4.4 Die Gewerkschaften und die gesellschaftlichen Verbrauchsfonds .....	229
5. Das sowjetische Modell der Sozialpolitik .....	241
6. Fazit .....	264
Abkürzungsverzeichnis .....	269
Quellen .....	273
Literatur .....	274



# Entstalinisierung: Auf dem Weg zur Sozialen Planwirtschaft

*Vorwort von Stefan Plaggenborg*

Sozialpolitik, der Gegenstand des Buches der Moskauer Historikerin Galina Ivanova, war in der Sowjetunion sowohl als Begriff wie als Sache lange Zeit abwesend. Warum sollte ein sozialistisches System Sozialpolitik betreiben, verkörperte es doch als solches die soziale Gerechtigkeit schlechthin. Sozialpolitik war Reparaturarbeit an den Auswüchsen des Kapitalismus. In der Sowjetunion bedurfte es solcher Tätigkeiten nicht.

Eine derartige Sichtweise hat sich als Selbsttäuschung herausgestellt. Die Probleme sozialer Ungleichheit, Bedürftigkeit, Armut sowie viele andere Fälle von notwendiger Unterstützung infolge von Lebensrisiken ließen sich auch in der Sowjetunion nicht übersehen. Sie veranlassten die Regierung in Moskau, in der Sache Dinge zu tun, die den üblichen Namen nicht tragen durften. Im Vergleich zu westlichen Staaten begann der Kreml spät mit Sozialpolitik. Zwar wurde auch schon zuvor soziale Fürsorge betrieben, doch erst nach 1956 wurde sie Schritt für Schritt systematisch ausgebaut.

Erstmals liegen nun zwei umfassende Studien zu diesem Gebiet der sowjetischen Geschichte nach Stalin vor, die auf umfangreichen Archivalien beruhen. Neben Ivanovas Buch ist die grundlegende Untersuchung zur Altersversorgung von Lukas Mücke zu nennen.<sup>1</sup> Grundlegend deshalb, weil in ihr nicht nur der Gegenstand mustergültig erforscht worden ist, sondern auch, weil an der Art und Weise, wie ein Regime mit den Alten umgeht, die soziale Verfassung einer Gesellschaft erkennbar wird. Beide Arbeiten sind in einem gemeinsamen Forschungsprojekt an der Ruhr-Universität Bochum entstanden. Sie können unser Wissen sowie unseren Blick und die Interpretation der Jahre nach Stalin erheblich verändern.

Den Lesern, die sich in die einzelnen Kapitel des vorliegenden Buches von Galina Ivanova vertiefen, sei mit einer kurzen Einführung geholfen, die, erstens, den historischen Kontext der sowjetischen Sozialpolitik erläutert,

---

<sup>1</sup> *Die allgemeine Altersversorgung in der UdSSR 1956–1972*, Stuttgart 2013.

zweitens die wichtigsten Ergebnisse des Buches zusammenfasst und offene Fragen anschließt und drittens die Resultate der Untersuchung in eine knapp skizzierte Diskussion über vergleichende und theoretische Aspekte von Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat einführt.

Historisch ist die sowjetische Sozialpolitik in den Zusammenhang der Entstalinisierung einzuordnen. Für die sowjetische Geschichte liegt hier eine tiefgreifende Zäsur vor, welche die poststalinistische UdSSR deutlich von den Jahren der stalinistischen Herrschaft abhebt. Bisher haben wir uns an eine bestimmte Sicht dieser neuen Phase der sowjetischen Geschichte gewöhnt. Entstalinisierung, das war die Abkehr des Regimes von der massenhaften Gewalt, der in den Jahren des Stalinismus Millionen Menschen zum Opfer gefallen waren. Wir denken an die »Geheimrede« des Ersten Sekretärs Nikita Chruščev auf dem 20. Parteitag der KPdSU 1956, in der er mit Stalin abrechnete, ihn als Verbrecher bezeichnete, zahlreiche Terrormaßnahmen beschrieb und ebenso viele nicht erwähnte und das riesige Problem des massenmörderischen Stalinismus unter dem Begriff des Personenkultes zusammenfasste, das heißt verkleinerte. Entstalinisierung bedeutete – wie sich herausstellte: vorübergehende – Liberalisierungen in den Wissenschaften, sogar in der ideologisch gebundenen Geschichtswissenschaft, vor allem aber in der Kunst. Das »Tauwetter«, der Titel eines Romans von Ilja Ėrenburg, gab diesen neuen Tendenzen den Namen. Erstmals durfte die literarische Verarbeitung von Lagererfahrungen erscheinen: Aleksandr Solženicyns *Ein Tag im Leben des Ivan Denisovič*. Nach der ersten großen Amnestie von Lagerhäftlingen 1953 wurden die Lager des Gulag schrittweise aufgelöst. Rehabilitierungen der Opfer des Stalinismus kamen auf die politische Tagesordnung, wurden aber nur halbherzig betrieben. Rechtsreformen führten 1957/58 zu einer Demilitarisierung der Rechtsprechung. Ein formeller Verbrechensbegriff, der Tatbestand und nachweisbare Schuld einbezog, hielt Einzug in die reformierte sowjetische Strafprozessordnung; im Stalinismus hatte sich die ohnehin amateurierte Justiz nicht um derlei juristische Feinheiten gekümmert.

All dies war von großer Bedeutung, auch für den einzelnen Sowjetbürger. Es blieb aber ein zentrales Problem ungelöst: Wie sollte das Regime die Bevölkerung an sich binden, wie Loyalitäten erzeugen, wie die Gesellschaft nach den Verheerungen des Stalinismus befrieden? Dass die Kommunistische Partei die Bevölkerung verloren hatte, ließ sich nicht übersehen. Zwar lieferte der Triumph im »Großen Vaterländischen Krieg« eine neue Legitimationsbasis, aber erst Chruščevs Nachfolger Leonid Brežnev instrumentalisierte den Sieg systematisch zugunsten des sozialistischen Systems. Während

der Entstalinisierung suchte das Regime noch die »lebendige Verbindung zu den Massen«: Dadurch sollte der Gegensatz von Regime und Gesellschaft abgemildert werden, der auch unter Stalin nicht in der scharfen dichotomischen Form existiert hatte, weil es viele Sympathisanten, Mitläufer und Unterstützer gab. Nun wurden Brücken gebaut, und zwar – davon berichtet dieses Buch unter anderem – von beiden Seiten.

Um die »lebendige Verbindung zu den Massen« erfolgreich herstellen zu können, musste die Führung nach Stalin die dunkelsten Kapitel beseitigen, die sie vom Despoten geerbt hatte, und das hieß, namentlich zwei Probleme zu lösen. Sie musste Terror und Gewalt beenden. Das vermochte sie gleichsam per Dekret herbeizuführen, eine relativ einfache Angelegenheit, denn die Nachfolger Stalins brauchten nur den Entschluss zu fassen. Das zweite Problem ließ sich nicht wegdekretieren: die katastrophale materielle Lage der Bevölkerung und ihr fehlender Schutz gegen die Risiken des Lebens.

Vor diesem Hintergrund ist die Sozialpolitik zu sehen, deren Geschichte 1956 begann. Sie steht nicht nur im Zusammenhang mit Entstalinisierung, sie *ist* Entstalinisierung. Sie ging über das Jahr 1964, als Chruščev gestürzt wurde, hinaus und erlebte eine Blüte unter Brežnev. Das ist umso bemerkenswerter, als diejenigen, die Chruščev die Ämter nahmen, vieles von dem rückgängig machten, was er eingeleitet hatte. Die Sozialpolitik aber blieb nicht nur, sie wurde zu ihrem Höhepunkt geführt. Nun hieß es, es sei das Grundanliegen des sozialistischen Staates, die sozialen Garantien entsprechend der Verfassung von 1936 zu gewährleisten und sie besonders in der Zeit des »entwickelten Sozialismus« allen Sowjetbürgern ungeachtet ihrer Klassenzugehörigkeit zukommen zu lassen. Integration und Loyalität der Bevölkerung, das hatte auch die Führung um Brežnev verstanden, ließ sich mit Hilfe verbesserter Einkommen, ausgeweiteter Sozialleistungen und höherer Lebensstandards erreichen. Seit 1956, besonders aber während der Brežnev-Ära seit 1965, stand die »Erhöhung des Wohlstands der Sowjetbürger« auf der Tagesordnung und wurde zu einer gängigen Formel auf den Parteitag dieser Zeit. Der Ausdruck »soziale Gerechtigkeit« fand Eingang in die politische Sprache, ja selbst der Begriff Sozialpolitik war nicht länger verpönt.

Die Sowjetunion lebte nicht isoliert in ihrem sozialistischen Kosmos. Die Systemkonkurrenz zum Kapitalismus bildete einen wichtigen Bezugspunkt für Sozialpolitik. Die sowjetischen zeitgenössischen Verlautbarungen bemühten gern und häufig den Vergleich und hoben in Fragen des Lebensstandards und der sozialen Versorgung die Leistungen des Sozialismus hervor, die denen der meisten kapitalistischen Länder, darunter der USA, überle-

gen seien. Dem Kapitalismus entgegen stand die »sozialistische Lebensweise« (*socialističeskij obraz žizni*), die sich in den Augen der sowjetischen Führung immer mehr zur nichtkapitalistischen zivilisatorischen Alternative entwickelte. Begrifflich gingen die sowjetische Sozialpolitik und die »sozialistische Lebensweise« eine enge Verbindung in der Sprache der Zeit ein, sodass im sowjetischen Verständnis mehr mitschwang als die schlichte Beseitigung von sozialen Missständen. Es ging immer auch um Gesellschaftspolitik. Sowjetische Politiker, aber auch die einschlägige Literatur jener Jahre verwiesen auf die krassen Einkommens- und Sozialdifferenzierungen, den sehr niedrigen Lebensstandard einiger Bevölkerungsgruppen und das wenig entwickelte Sozialsystem in den USA. In der Systemkonkurrenz auf sozialem Gebiet währte sich die Sowjetunion nicht nur auf dem Vormarsch, sondern meinte, den Hauptgegner bereits überholt zu haben.

Bildete Sozialpolitik aber ein Geschenk des poststalinistischen Staates an seine Bürger? Das Buch spricht von anderen Verhältnissen gefordert. In tausenden Briefen wurde eine Besserstellung gefordert. Die Botschaft der Autorinnen und Autoren lautete: »Wir haben uns für den Aufbau des Sozialismus den Buckel krumm gearbeitet, nun soll der Staat etwas für uns tun, wenn die Kräfte nachlassen.« Nicht zufällig stand die grundlegende Reform des staatlichen Rentensystems ganz oben auf der sozialpolitischen Tagesordnung. War es denn nicht ein Skandal, besonders auch mit Blick auf die kapitalistischen Länder Westeuropas, dass die Sowjetunion bis 1956 keine allgemeine Altersversorgung für Arbeiter und Angestellte kannte? Wer alt und arbeitsunfähig wurde, musste in der Regel sehen, wie er sich durchschlug. Und war es nicht ein noch größerer Skandal, dass die ländliche Bevölkerung in den Kolcho-sen erst seit 1964 in den Genuss einer – wenn auch kärglichen – Rente kam? Stalin hatte 1936 das Stadium des Sozialismus ausgerufen. Selbst wenn man vom Terror absehen wollte, was schlechterdings nicht möglich ist, so musste diese Proklamation auch unter Gesichtspunkten sozialer Fürsorge als reiner Zynismus durchgehen. Sozialismus bedeutete bis in die Phase der Entstalinisierung extremer Konsumverzicht, niedrigste Lebensverhältnisse, Schutzlosigkeit gegen die Lebensrisiken, kurz: eine erbärmliche materielle Existenz.

Fragen wir uns, ob diese neue Politik erfolgreich war, so fällt die Antwort ambivalent aus. Auf der einen Seite: Ja, denn der Lebensstandard der Bevölkerung hat sich nach 1956 *de facto* verbessert, wobei jedoch das äußerst niedrige Ausgangsniveau zu berücksichtigen ist. Aber es ist kein Wunder, wenn noch nach dem Zusammenbruch des Sozialismus 1991 und während der Regierungsjahre des russischen Präsidenten Boris El'cin, als der soziale

Absturz weite Teile der Bevölkerung erfasste, die Sehnsucht nach den guten Verhältnissen früherer Jahre ausbrach. Darüber hinaus lässt sich der Erfolg messen. Eine russische Untersuchung hat festgestellt, dass es nach 1964, das heißt während der Periode der intensivierten Sozialpolitik, keine so genannten »Massenunruhen« gegeben hat. Unter Chruščev hingegen musste 1962 in Novočerkassk sogar das Militär ausrücken, um der Revolte Herr zu werden. Im Großen und Ganzen hat das Kalkül des Regimes, die Loyalität der Bevölkerung mittels Sozialpolitik zu erkaufen, funktioniert. Auf der anderen Seite: Nein, lautet die Antwort, weil längst nicht alle Bedürftigen ein ausreichendes Auskommen fanden, das Niveau der sozialen Sicherung insgesamt niedrig blieb, Sozialpolitik auch zu neuen Problemen führte und einige Individuen und soziale Gruppen, besonders die Nomenklatura, wegen ihrer unübersehbaren Privilegien den Volkszorn auf sich zogen.

Galina Ivanovas Buch gibt aber noch viel mehr Auskünfte über die post-stalinistische Sowjetunion. In vielen Punkten müssen wir unser Bild korrigieren. Eine erschütternde Zahl vermittelt ihr Buch gleich zu Beginn: 43 Prozent der sowjetischen Beschäftigten lebten 1954 unter dem staatlich festgelegten Existenzminimum, das weit davon entfernt war, als üppig zu gelten. Der unter Stalin eingerichtete Sozialismus forderte infolgedessen dringend Sozialpolitik.

Die Dimensionen der sozialen Probleme nach dem Zweiten Weltkrieg waren schier unendlich. Armut, Arbeitslosigkeit, laut Verfassung und dem darin enthaltenen Recht auf Arbeit sowie zahlreichen Verlautbarungen des Regimes zufolge nicht existent, Invalidität, besonders als Folge des Krieges, fehlender Wohnraum und fehlende oder bestenfalls schwache Altersversorgung – das waren nur die wichtigsten Bereiche der katastrophalen sozialen Lage der Bevölkerung; das niedrige Konsumniveau kam hinzu. Wenn das ganze Ausmaß der Lage erst nach 1953 offenkundig wurde, weil es zuvor nicht thematisiert werden durfte, so werden wir uns an eine erweiterte Bestimmung des Stalinismus gewöhnen müssen. Außer dem Terror gehörte flächendeckendes soziales Elend zu seinen konstitutiven Merkmalen.

Die neue Führung nach Stalins Tod hatte keine andere Wahl, als in einen »Dialog« mit der Bevölkerung über die soziale Lage und die Missstände zu treten. Erstmals erkannte sie offen die Existenz ernster sozialer Probleme an. Bestimmte Ereignisse unterstützten diesen Prozess fortschreitender Einsicht bei Männern, die allesamt treue Stalinisten und daher an der sozialen Misere, die Mitte der 1950er Jahre zur Sprache kam, in vollem Umfang beteiligt gewesen waren. Der Aufstand in der Deutschen Demokratischen Republik

im Juni 1953 hat dazu beigetragen, dass die Verbesserung der sozialen Lage in der UdSSR zum wichtigen politischen Tagesordnungspunkt wurde. Vor allem aber, das kann Ivanovas Buch deutlich zeigen, lieferten massenweise Briefe an Parteileute und Partei- und Staatsinstitutionen genügend Anlass, das Problem endlich zu beachten. Die Empörung, die Klage über soziale Ungerechtigkeiten, einzelne oder allgemeine Missstände und die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit ließen sich nicht länger überhören. Die Arbeiterschaft meldete sich entschieden zu Wort und verband dies mit einem kräftigen Schuss proletarischen Anti-Intellectualismus, weil die mit geistiger Arbeit Beschäftigten in der Regel besser dastanden, was dem Gleichheitsideal widersprach. Bürger forderten ihr Recht auf soziale Unterstützung und begannen, sich gegen offenkundige oder empfundene soziale Ungerechtigkeiten zu wehren. Den »Dialog« führte die Regierung keineswegs nur freiwillig. Das Volk murrte. Auf diese Weise wird verständlich, warum soziale Maßnahmen eine zentrale Rolle im innerparteilichen Machtkampf nach Stalin zu spielen vermochten. Man muss sich den Wandel nur deutlich genug vor Augen führen: Gestandene Stalinisten konkurrierten darum, in der Partei und Öffentlichkeit als Sozialpolitiker zu erscheinen. Georgij Malenkovs »Neuer Kurs« bildete den ersten – gescheiterten – Versuch in diese Richtung, bevor ihm Chruščev danach den Rang als »bester« Sozialpolitiker ablief.

Ivanovas Buch kann diese Vorgänge verdeutlichen und erlaubt es, daran anschließend Fragen zu stellen. Konnte Chruščev die »Geheimrede« auch deshalb wagen, weil er aus Parteikreisen die Zustimmung zu seiner Sozialpolitik erhalten hatte? Brauchte er diesen Rückhalt, um die explosive Rede überhaupt halten zu können? Chruščev stellte sich am Morgen des 25. Februar 1956 nicht, wie die ältere Forschung glaubte, allein gegen seine Genossen in der Parteiführung, spielte Vabanque und gewann. Der Auftritt war in der Führung abgesprochen, die Materialien hatte eine Parteikommission erarbeitet, die Überraschung hielt sich in Grenzen, nicht jedoch bei den gewöhnlichen Delegierten, die teilweise schockiert nach Hause fuhren. Zuvor jedoch hatte Chruščev die Debatten über den Kurs in der Sozialpolitik schon für sich entschieden. Mit diesem Sieg in der Tasche durfte er den entscheidenden Schritt zur Entstalinisierung tun und Stalin demontieren. Der 20. Parteitag ist historisch geworden durch die »Geheimrede«, aber vergessen wir nicht, dass die Delegierten in den Tagen zuvor ein umfassendes Programm zur Sozialpolitik verabschiedet hatten, das im Stalinismus unvorstellbar gewesen wäre.

Was aber nützten die besten sozialpolitischen Absichten, wenn sie kaum zu finanzieren waren? Hier lag eines der Schlüsselprobleme der sowjetischen Sozialpolitik. Die sowjetische Führung bemerkte sehr schnell, dass die von der stalinistischen Industrialisierung geerbte Wirtschaftsstruktur mit ihrer Dominanz des Produktionsmittel- und Verteidigungssektors ein kaum zu überwindendes Hindernis für eine auf Konsum sowie soziale und materielle Besserstellung der Bevölkerung angelegte Politik darstellte, zumal nicht daran zu denken war, die Verteidigungsanstrengungen in Zeiten des Kalten Krieges und des Wettrüstens zu verringern. An dieser Quadratur des Kreises war auch schon Malenkovs »Neuer Kurs« zerbrochen. Aus welchen Quellen aber sollten sich die steigenden Ausgaben für Soziales speisen, und mussten sie nicht zuvor erarbeitet werden? Vor diesem Hintergrund gerieten zwei Probleme zum Dauerbrenner der sowjetischen Wirtschaft nach 1956 und verstärkt in den 1960er und 1970er Jahren: Wie sollten die Wirtschaftspläne die bestehende Disproportion zwischen Sektor A (Produktionsmittel) und Sektor B (Konsumgüter) neu justieren? Wie konnte die Effizienz der sowjetischen Wirtschaft gesteigert werden?

Ivanova kommt zu dem Schluss, dass die Sowjetunion beide Probleme nicht zu lösen vermochte, aber durchaus erfinderisch vorging. Dazu gehörte u.a. die dreiste Umwandlung der zwangsgezeichneten Anleihen in einen langfristigen zinslosen Kredit der Bevölkerung an den Staat, um so einen Teil der Sozialausgaben zu decken. Andererseits schaffte dieser Staat die Einkommensteuer ab, die immerhin sieben bis acht Prozent der Staatseinnahmen ausmachte. Eine einheitliche Linie lässt sich folglich kaum ausmachen, außer: Sobald es dem Staat vergleichsweise gut ging, sah sich die Regierung in der Lage, sozialpolitische Maßnahmen auszuweiten. Die genannte Disproportion der Industriesektoren, entscheidend für die Frage, welche Richtung die Wirtschaftsentwicklung nehmen sollte, blieb ein dauernder Anlass zur Diskussion. Versuche, den Konsum zu stärken, stießen auf hartnäckigen Widerstand der Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes. Wenn aber das erste der beiden Probleme nicht grundsätzlich gelöst werden konnte, dann blieb nur die Möglichkeit, die Wirtschaft insgesamt effizienter zu machen, damit sie das leistete, was die Ausgabenpläne für Soziales erforderten.

In diesem Zusammenhang sind die Ausführungen über Arbeitsdisziplin interessant. Obwohl in der gesamten Sowjetzeit darüber immer wieder Klagen zu vernehmen waren, erhielt ihr von der Führung bedauertes Fehlen fortan ein besonderes Gewicht. Denn die gesamte Wirtschaft und damit jeder einzelne Betrieb mussten effizient arbeiten, um das Nationaleinkommen

auf jene Höhe zu treiben, die für das Erreichen der ehrgeizigen sozialpolitischen Ziele der Regierung gefordert war. Ob die nach 1956 unternommenen Versuche, die Arbeitsdisziplin zu verbessern, sowie die verschärfte strafrechtliche persönliche Verantwortung der Betriebsdirektoren für die Planerfüllung unmittelbar mit dieser Notwendigkeit zusammenhingen, muss vorerst offenbleiben. Auf jeden Fall erfolgten zusammen mit der Sozialpolitik die verschärften Eingriffe in das Arbeitsleben der Beschäftigten – was wiederum zu abwehrenden Reaktionen führte, gerade auch bei der Frage der Arbeitsnormen. Reallohnsteigerungen, Ferienheime und mit riesigen Summen subventionierte Massenbedarfsartikel nahm die Bevölkerung gerne an, aber besser arbeiten wollte sie dafür nicht. Genauer: Zwar versprach sie in Tausenden von Briefen verbesserte Leistung, doch passierte im Durchschnitt zu wenig. So blieb, um die Metapher zu steigern, die Quadratur des Teufelskreises. Bisher durften Sowjetführung, Planer und westliche Wirtschaftshistoriker glauben, das Problem der Sowjetwirtschaft sei die Produktion. Aus Ivanovas Buch lernen wir: Nicht nur, denn das Problem waren auch die Produzenten.

Die nach dem Ministerpräsidenten benannten Kosygin-Reformen sollten in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre das Unmögliche erreichen. Ihnen lag folgende Überlegung zugrunde. Wenn die Betriebe besser und effizienter arbeiteten und das Wachstum der Arbeitsproduktivität zunahm, wozu u.a. eine bessere Verwaltung, Prämien und neue Regelungen zur Gestaltung der Preise dienen sollten, dann würden sich die Probleme lösen. Das bedeutete aber auch, dass die Werktätigen mittels ihrer eigenen Arbeitsleistung die finanzielle Absicherung der Sozialfürsorge übernehmen mussten. Da sie keinen Anteil vom Lohn für Sozialversicherungen entrichteten, blieb nur diese Möglichkeit übrig. Genau an diesem Punkte aber machte sich ein ernstes Problem der sowjetischen Wirtschaft bemerkbar – nämlich die Arbeitsleistung der Beschäftigten, die, wie es das sowjetische Bonmot sagt, nicht wussten, warum sie sich für 220 Rubel abrackern sollten, wenn sie für 200 Rubel nichts zu tun brauchten. Besonders hinderlich für eine Steigerung der Arbeitsproduktivität war der zunehmende Kaufkraftüberhang der Bevölkerung. So kam eins zum anderen. Seit Ende der 1960er Jahre begann sich bei der Führung die resignierende Einsicht durchzusetzen, dass diese Probleme einfach nicht zu lösen waren.

Sehr spannend wäre es, von Wirtschaftshistorikern zu erfahren, ob die von Ivanova skizzierten Zusammenhänge von Wirtschaftsentwicklung und Sozialpolitik zu einer grundsätzlichen Neuinterpretation sowjetischer Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach 1956, mehr noch: nach 1965, führen



müssen. Denn es zeichnet sich ab, was Brežnev 1970 auf den Punkt brachte, als er sinngemäß davon sprach, die Volkswirtschaft stehe im Dienst des Sozialen. Das wäre die völlige Entstalinisierung der Wirtschaftspolitik durch die Formulierung eines neuen wirtschaftspolitischen Leitbildes.

Ein anderer Aspekt wird damit ebenfalls angerissen: Die Ausweitung der Sozialpolitik, nicht die Entscheidung dafür, war ihrerseits ein Ergebnis der zum Industriestaat gewordenen Sowjetunion. Die Regierung erkannte nicht nur die in der Verfassung verankerten sozialen Rechte der Bevölkerung an und begann, diese auch zu realisieren, sondern sie produzierte durch ihren Modernisierungskurs ebenso neue Herausforderungen an die Sozialpolitik. Es scheint, dass die Führung unter Brežnev langsam zu der Überzeugung gelangte, dass Sozialpolitik selbst Impuls und Vehikel für Modernisierung sein sollte. Wenn diese These stimmt, die sich aus Ivanovas Ausführungen herauslesen lässt, dann wäre die Sowjetunion besonders seit Mitte der 1960er Jahre den Problemen von Wohlfahrtsstaaten nahegerückt.

Unter diesem Blickwinkel besteht eine künftige Aufgabe darin, die Wirtschaftsentwicklung noch einmal genauer unter die Lupe zu nehmen. Wie bedauerlich jedoch, dass die Wirtschaftsgeschichte im Bereich der Geschichte Osteuropas, namentlich der Sowjetunion, besonders im deutschsprachigen Raum fast vollständig ausgestorben ist. So werden wir wohl lange auf eine Antwort warten müssen. Die Hinweise auf eine Umorientierung in der sowjetischen Wirtschaft bei Ivanova sind zahlreich und substantiell genug, um davon sprechen zu können, dass sich die Sowjetunion auf den Weg in eine Soziale Planwirtschaft machte. Der Begriff ist bewusst angelehnt an den der Sozialen Marktwirtschaft, um den Unterschied zwischen kapitalistischem und sozialistischem System nicht als das zentrale sozialpolitische Differenzkriterium anzusehen. Das heißt, der im Stalinismus entfesselte »wilde« Sozialismus bedurfte, verstärkt durch die Kriegsfolgen, eines sozialpolitischen Korrektivs. Die vollständig unsoziale stalinistische Planwirtschaft diente nicht der Besserstellung der Bevölkerung, sondern dem industriellen Aufbau des Landes, und zwar unter der gewollten und notwendigen Bedingung des sozialen Elends. Nach Stalin aber begann eine Phase, in der Planwirtschaft mehr und mehr als auf sozialen Fortschritt ausgerichtet betrachtet wurde, wobei der Fortschritt folglich nicht mehr allein in der Steigerung der Produktionsziffern lag. Nicht zu übersehen ist aber auch, dass die Debatten über diesen Richtungswandel nicht abrissen und die Wirklichkeit diesem ernsthafte Hindernisse in den Weg stellte.

Damit sind Fragen nach den Begriffen und theoretischen Konzepten angedeutet. Die Sozialpolitik des Staates war auch ein Ergebnis der kräftigen Intervention großer Teile der Bevölkerung in die politische Sphäre. Nebenbei: Vorstellungen, im Sowjetsystem habe die Elite die Massen beherrscht und letztere sei stumm geblieben, sind erneut als vereinfachend zurückzuweisen. Das zeigt Ivanovas Buch ebenso deutlich wie die schon genannte Untersuchung Mückes. Die Frage aber lautet, wie sich die sowjetischen Entwicklungen, die aus einer spezifischen historischen Lage heraus entstanden, begrifflich fassen lassen.

Ivanova arbeitet mit dem Begriff des »Sozialvertrags«. Vergrößernd gesprochen heißt das: Die Bevölkerung stellte aufgrund ihrer Leistungen den Anspruch, von der Regierung sozial unterstützt zu werden, und die Regierung wiederum bezog aus der Befriedigung dieser Erwartung Loyalität, Legitimation und Stabilität. Die Problematik der Vorstellung vom Sozialvertrag soll hier nicht diskutiert werden, dazu hat Mücke bereits alles gesagt.<sup>2</sup> Wichtig ist der grundlegende Befund: Zwischen dem Regime und den einzelnen Sowjetbürgern entstand eine Beziehung der Wechselseitigkeit, die ein Charakteristikum für die Periode der Entstalinisierung darstellte. Aus diesem Verhältnis erwuchs eine Sozialpolitik unter ökonomisch schwierigen Bedingungen. Die Entscheidung für Sozialpolitik war, aus der Perspektive der Theorie und Wohlfahrtsstaatskomparatistik gesehen, kein »automatisches« Ergebnis industriegesellschaftlicher Entwicklungsstände. Zu schematisch wäre dies gedacht, denn die Entscheidung für Sozialpolitik fiel politisch als Antwort auf das Versagen des stalinistischen Sozialismus in dieser Hinsicht und die Erwartungen der Bevölkerung. Die poststalinistische Führung folgte einem doppelten Imperativ: dem des Sozialismus, der forderte, die Reichtümer auf alle zu verteilen, und dem nachdrücklichen Verlangen der Bevölkerung. Dies bedeutet aber auch, dass die einmal in Gang gesetzte Sozialpolitik eine Eigendynamik entwickelte, die an die industriegesellschaftliche Entwicklung gekoppelt war.

Ist es deshalb sinnvoll, den Begriff Wohlfahrtsstaat für die Sowjetunion zu verwenden? An dieser Stelle ist erneut auf die wohltuend differenzierte Diskussion bei Mücke zu verweisen.<sup>3</sup> Er kommt zu dem Schluss, aufgrund der zwar vorhandenen, aber zu Beginn der 1970er Jahre noch immer unzureichenden sozialen Sicherung sei das zentrale Kriterium des Wohlfahrts-

---

<sup>2</sup> Ebenda, S. 468–480.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 485–516.

staates – die Sicherung des Existenzminimums für die Bevölkerungsmehrheit – nicht erfüllt worden. Aber mit ihren erheblichen Fortschritten auf dem Gebiet der sozialen Sicherung habe sich die Sowjetunion in diese Richtung bewegt. »Die Tatsache, dass dieser Zustand [...] nicht erreicht wurde, ändert nichts an dem Vorhandensein einer deutlichen Tendenz in Richtung des Wohlfahrtsstaates.«<sup>4</sup> Aus dieser Aussage ist noch einmal deutlich abzulesen, dass sich die Sowjetunion auf dem Weg zur Sozialen Planwirtschaft befand.

Das ambivalente Urteil ist vor dem historischen Hintergrund zu verstehen, der hier skizziert wurde und dem noch einige Aspekte hinzuzufügen sind, die bisher nicht erwähnt wurden. So ist zu bedenken, dass die Sowjetunion die Sozialpolitik auch als Antwort auf die sozialen Folgen des Zweiten Weltkriegs begann. Dann aber sind auch seine Verluste zu nennen. Zu erinnern ist an die 26 bis 28 Millionen Toten, welche die Sowjetunion zu beklagen hatte – wobei dies nur die unmittelbaren Opfer des Krieges sind, nicht mitgezählt die Invaliden und andere Versehrte, ebenfalls nicht mitgezählt der demographische Verlust, der sich in der Differenz zwischen zu erwartender und faktischer Bevölkerungszahl äußert. Darüber hinaus musste die Sowjetunion die Kriegsschäden in den von den Deutschen ehemals okkupierten Gebieten ausgleichen. Auf etwa 25 Prozent des materiellen Vermögens der UdSSR lässt sich der Verlust beziffern. Bis zum Kriegsende war die industrielle Produktion auf knapp 30 Prozent des Vorkriegsvolumens gesunken. Zwar vermochte die UdSSR sowohl die demographischen als auch die materiellen Verluste relativ schnell auszugleichen, aber unter solchen Umständen kann von einer soliden wirtschaftlichen Grundlage für umfangreiche sozialpolitische Programme in den 1950er Jahren nicht gesprochen werden.

Wenn soeben vom Imperativ des Sozialismus die Rede war, so bedeutete er materiell eine Vielzahl grundlegender, extrem teurer sozialer Rechte. Das Recht auf Arbeit sollte die Geißel der kapitalistischen Wirtschaft abschaffen, die Arbeitslosigkeit. Das – so lernen wir u.a. aus Ivanovas Buch – hat auch in der Sowjetunion nicht ganz geklappt. Dennoch kostete die »Materialisierung« dieses Rechts eine Summe, die sich kaum beziffern lässt, die aber so hoch liegt, dass kein kapitalistischer Wohlfahrtsstaat sich je anheischig machte, es in die Verfassung aufzunehmen. Ein anderes Beispiel ist die gigantische Subventionierung von Lebensmitteln und anderen Massenbedarfsartikeln, die über Jahrzehnte hinweg durchgehalten wurde. Sie nur

---

4 Ebenda, S. 515f.

auf die Angst vor Aufständen zurückzuführen, wäre sicherlich eine Vereinfachung. Kurz: Der sowjetische Weg in den Wohlfahrtsstaat war mit Anforderungen gepflastert, die notwendigerweise zu einer extremen Anspannung der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit führen mussten.

Dennoch nahm das Regime Sozialpolitik in Angriff. Die Gründe sollten nun klargeworden sein. Die noch zu beantwortende Frage aber lautet: Warum konnte die Sowjetunion die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung nicht weiter vorantreiben? Um 1970 bemerkte das Regime, dass es die Sozialpolitik aus ökonomischen und finanziellen Gründen nicht durchzuhalten vermochte. Zurück konnte es aber auch nicht, denn das hätte die einseitige Aufgabe der wechselseitigen Bindung von Bevölkerung und Regime bedeutet. Folglich musste das Regime die Wirtschaft ankurbeln, um die soziale Sicherung auf Stand halten und eventuell ausbauen zu können – davon sprachen jedenfalls die Parteitage-resolutionen seit den 1960er Jahren – und um die soeben gewonnene Loyalität der Bevölkerung nicht zu verlieren. (Es könnte sein, dass die schon angesprochene Instrumentalisierung des Sieges im Zweiten Weltkrieg und die gegen Ende der 1960er Jahre wie Pilze aus dem Boden schießenden Sieges- und Erinnerungsorte mit der Einsicht der Parteiführung in die Grenzen der Sozialen Planwirtschaft zusammenhingen. Der zeitliche Zusammenhang ist nicht zu übersehen; ob auch ein kausaler besteht, wäre zu prüfen.) Nicht in dem erhofften Maße »ankurbeln« ließen sich hingegen die Beschäftigten. Sie besaßen ihren »Eigen-Sinn«, der sie nicht zu willfährigen Werkzeugen der staatlichen Politik werden ließ.

An dieser Stelle ist der zuvor ausgelegte Faden wieder aufzugreifen. Wir sind aus der sozialgeschichtlichen Literatur gewohnt, die Beschäftigten in der späten Sowjetunion als in den Herrschafts- und Disziplinierungsverhältnissen des Regimes und seines Arbeitssystems verortet zu sehen. Dagegen ist grundsätzlich zunächst auch nichts einzuwenden. Aber haben die Werktätigen nicht verstanden, dass sie ihre soziale Sicherung selbst erarbeiten mussten? Schließlich entrichteten sie nicht – wie in den meisten kapitalistischen sozialen Sicherungssystemen – einen direkten Beitrag vom Lohn. Diese Lösung war nach einem kurzen Zwischenspiel in den 1950er Jahren ein für alle Mal vom Tisch. Hier kann nur auf ein großes ungeklärtes Problem verwiesen werden. Haben sie den Zusammenhang nicht begriffen, oder haben sie ihn sabotiert? Im letzteren Fall hätten sie sich den sozialen Ast abgesägt, auf dem sie saßen. Wie man es dreht und wendet, die Frage ist auf der Grundlage bisheriger Quellen kaum zu beantworten. Das Regime aber fand eine Antwort: Je länger die Probleme mit den Arbeitern dauerten, das heißt mit der man-

gelnden Arbeitsdisziplin und dem abnehmenden Wachstum der Arbeitsproduktivität, desto mehr rückte der »menschliche Faktor« in den Vordergrund. Das bedeutete aber nichts anderes als die Erkenntnis, dass die systemischen Verbesserungsimpulse in der Wirtschaft an den Produzenten abprallten. Bisher galt die Ausrichtung der sowjetischen Führung auf den »menschlichen Faktor« als weiterer Beleg für die Unterdrückung namentlich der Arbeiter. Es wäre an der Zeit darüber nachzudenken, ob in der offiziellen Sichtweise nicht doch eine gewisse Wahrheit stecken könnte. Der Weg in die Soziale Planwirtschaft wäre demnach von den Arbeitern selbst blockiert worden.

\*\*\*

Die vorliegende Untersuchung war Bestandteil eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsprojektes unter dem Titel »Sozialpolitik in der Sowjetunion 1956–1970«. Aus diesem Projekt sind wie geplant die beiden hier genannten Untersuchungen von Mücke und Ivanova hervorgegangen.

An dem vorliegenden Buch haben viele mitgearbeitet. Galina Ivanova hat das Buchmanuskript nach Ablauf der Förderung unter ungünstigen Bedingungen in Moskau fertiggestellt. Dafür ist ihr zu danken. Ich danke ganz besonders Shirin Schnier und Lukas Mücke für die mühevollen Arbeit, das Manuskript mit hohem Einsatz und viel Sachverstand in eine lesbare Form gebracht zu haben. Ohne ihren tatkräftigen Beitrag wäre dieses Buch nie zum Druck gelangt. Pavel Timofeev und Fabian Wisotzky haben es gegengelesen und redigiert. Für Inhalt und Gliederung zeichnet die Autorin verantwortlich. Den Anmerkungsapparat haben wir bis auf kleine Veränderungen wie vorgefunden beibehalten.